



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den
Rat und die Europäische Zentralbank:
Schritte zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion
COM (2015) 600 final
BR-Drs. 502/15**

Verfahren gemäß § 83c BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 34. Sitzung am 1. Dezember 2015 im Wege der Vorprüfung beschlossen, dass eine Stellungnahme des Landtags gegenüber der Staatsregierung und/oder der Europäischen Union erforderlich ist.
2. Das Vorhaben wird zur weiteren Beratung gemäß § 83c Abs. 1 Satz 3 Bay-LT-GeschO an den Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzen zu überwiesen.

Begründung:

Das Vorhaben ist nach dem Ergebnis der Vorprüfung landespolitisch von Bedeutung und betrifft Interessen des Landes.

Mit der Mitteilung der EU-Kommission werden weitere Schritte zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion konkretisiert. Ziel der geplanten Initiativen ist es, den Prozess der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konvergenz wieder in Gang zu setzen. Dazu sind Maßnahmen für höhere Produktivität, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Gewährleistung einer größeren sozialen Gerechtigkeit geplant, ferner soll die WWU für zukünftige makroökonomische Krisen widerstandsfähiger gemacht werden.

Die Maßnahmen sind für den Industrie- und Finanzstandort Bayern ganz allgemein von Bedeutung; besonders bedeutsam sind z. B. die Pläne zur Einführung einer Einlagenrückversicherung, soweit auch die Sparkassen und Genossenschaftsbanken einbezogen werden sollen; ferner die Überlegungen zur Schaffung eines Verfahrens für die Beseitigung makroökonomischer Ungleichgewichte, das auch Maßnahmen zum Abbau eines anhaltend hohen Leistungsbilanzüberschusses vorsieht.